

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 260

Donnerstag, den 7. November 1918

13. Jahrgang

Eine Mahnung des Reichskanzlers zur Ordnung und Selbstzucht.

Ein Aufruf der Sozialdemokraten. Einigkeitsbestrebungen in der Sozialdemokratie. Gefährliche Flugchriften in Deutschland. Die Matrosenunruhen an der Wasserfront. Die deutschen Unterhändler für den Waffenstillstand. Konflikt zwischen Wilson und der Entente. Eine Protestnote der deutschen Regierung an die russische Regierung. Die neuesten Ereignisse in Oesterreich-Ungarn.

Der Reichskanzler ans deutsche Volk.

Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marshall Hoch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplineloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen.

Aufrechterhaltung der bisher bewahrten Ordnung und freiwillige Manneszucht ist in dieser Entscheidungstunde eine unerlässliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Möge jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Darf die deutsche Kaiserkrone frei werden?

Die Entente, Diplomatie drängt offensichtlich auf die Beseitigung der Hohenzollern und möchte diesen Punkt am liebsten ausdrücklich in die Friedensverhandlungen aufnehmen.

Nehmen wir an, das deutsche Kaiserthum werde beseitigt und Deutschland in eine aus monarchischen Bundesstaaten zusammengesetzte Republik verwandelt. Eine wirkliche Republik wäre das natürlich nicht. Um die zu verwirklichen, müßten zwei ungeheure, innerhalb der deutschen Staatenbildungen Mitteleuropas unumgängliche und ungeschichtliche Aufgaben gelöst werden: der Sturz sämtlicher bundesstaatlicher Dynastien und die Beseitigung der föderalistischen Grundfrage des Reiches. Es würde also bei Beseitigung des Hohenzollern-Kaiserthums ein unumgängliches Staatengebilde herauskommen: eine Republik von Monarchen. Praktisch wäre damit nur eine neue Entwicklung begonnen: Welcher Bundesstaat wird Preußens Nachfolger und welche deutsche Dynastie wird von neuem mit Erfolg die deutsche Kaiserkrone anstreben? Die deutsche Frage des 19. Jahrhunderts wäre in ihrer ganzen Schwere wieder aufgerollt. Durch die Vostrennung Deutsch-Oesterreichs aus dem habsburgischen Staatenverbände wäre nicht nur die alte Frage zwischen Süden und Norden, sondern auch der konfessionspolitische Gegensatz aufs neue herausgefordert. All jene innerdeutsche Berrissenheit, die das 19. Jahrhundert uns gebracht, die ganze Schwäche inneren Zerfalls und außenpolitischer Ohnmacht würde aufs neue an deutschen Horizonten aufblühen. Die achtzigtausend Gefallenen der Einigungskriege wären umsonst gefallen, Bismarck umsonst über die Welt, Bahne geschritten. Wir wären um ein Jahrhundert in unserer Geschichte zurückgeworfen und müßten das ganze 19. Jahrhundert im 20. noch einmal durchleben, wenn die deutsche Kaiserkrone wieder verworfen und in das Spiel der politischen Kräfte zurückgeschleudert würde.

Das ist die vom Standpunkt der Entente durchaus nicht unkluge Berechnung. Deutschland soll aufs neue den Schweregeburtswunden seiner inneren Politik überantwortet und wenigstens ein halbes Jahrhundert so mit sich selbst beschäftigt werden, daß es in den wirt-

wirtschaftlichen und weltpolitischen Entscheidungen der nächsten Zeit kein Gewicht in die Waagschale legen kann.

Freilich liegt dem auch noch der andere Gedanke zu Grunde, daß Deutschland nicht als geschlossene Großmacht, sondern als zerfallende Kleinstaatenerei in den Völkerverbund eintreten soll. Dann würden die innerdeutschen Wesen nicht durch das freie Spiel der politischen Kräfte entschieden, sondern die langsame Neugestaltung Deutschlands wäre den Schiedsgerichten und der Disziplin des Völkerverbundes überantwortet. Ein angelsächsisch regiertes Deutschland wäre das Ergebnis, wenn ein Deutschland ohne Kaiserdynastie in den Völkerverbund eintrete.

Das Zentrum und die Kaiserfrage.

Die „Germania“ beschäftigt sich eingehend mit den Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie, die eine Abdankung des Kaisers für notwendig erachten.

„Der „Vorwärts“, sagt das Zentrumorgan, „steht die Frage noch als offen an, meint aber, die nächste Zeit werde die Entscheidung bringen müssen; sie könne so ausfallen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder unter Umständen aus der Regierung austräten. Das Blatt spricht also hier von einer Möglichkeit, die noch in der Zukunft liegt. Wir dürfen darum annehmen, es werde uns zustimmen, wenn wir für die Gegenwart feststellen, daß die Forderung, der Kaiser solle abdanken, durchaus jenseits des Regierungsprogramms liegt, auf das sich die vier großen Parteien des Reichstags geeinigt haben und auf Grund dessen die heutige Volksregierung gebildet ist und den deutschen Volksstaat eingerichtet hat. Es versteht sich wohl von selbst, daß bis zum Eintritt neuer erheblicher Tatsachen jede Partei sich an dieses Programm gebunden erachtet, denn nur Notwendigkeiten, nicht Stimmungen haben uns zusammengeführt und Wunden trennen, und nur Uebereinstimmung der beteiligten Parteien vermag zu einer Erweiterung oder Eingengung des Programms zu führen. Damit ist natürlich nicht gesagt, die Sozialdemokratie dürfe nicht für sich in Anspruch nehmen, weitergehende Forderungen, als auch die Abdankung des Kaisers zu vertreten; nur bleibt den anderen Parteien dann das gleiche Recht, sie können für ein Verbleiben des Kaisers sich einsetzen und müssen das ebenso unbedenklich tun können.“

Die „Germania“ setzt sich dann mit dem Vorschlage des „Vorwärts“, durch eine Volksabstimmung die

Kaiserfrage entscheiden zu lassen, auseinander, glaubt indessen, die Ueberzeugung des Reichstages als ausreichenden Ersatz für eine Volksabstimmung ansehen zu können. Wie aber die überwiegende Mehrheit des Reichstages entscheiden werde, sei nicht zweifelhaft. Im übrigen erlaßt die „Germania“ die Wehrheitssozialdemokratie, nicht auf Stimmungen, die ein überaus schwankender Boden seien, politische Entscheidungen von so großer Tragweite aufzubauen.

Eine neue Antwortnote Wilsons an Deutschland.

Die Friedensbereitschaft der feindlichen Mächte.

Präsident Wilson hat in Fortsetzung seiner Bemittlerrolle durch seinen Staatssekretär Lansing der deutschen Regierung gestern eine Note zugehen lassen, die wir nach gestern in später Abendstunde durch Extrablatt verbreiteten. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 6. November. (Amtlich.) Die durch Funkpruch eingetroffene Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 lautet in der Uebersetzung:

In meiner Note vom 28. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenvorschlag den mit den Vereinigten Staaten verbündeten Regierungen übermittelt hat, mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundfragen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbedingte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wosfern sie einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenvorschlag erhalten, das folgenbermaßen lautet:

Die alliierten Regierungen haben den Notenvorschlag zwischen den Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundzüge, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnliche sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen (Bestimmungen?) einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß das besetzte Gebiet nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müsse. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß aber den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für alle durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden Ersatz leisten soll.

Der heutige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 7. November.

Westlicher Kriegsausflug.

Nordöstlich von Dubonaards stehen Franzosen über die Schelde. Im Gegenangriff warfen wir sie zurück. Zwischen Schelde und Duse suchte der Feind die plangemäße Fortführung unserer am 4. November eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt ihrer Angriffe lag nordöstlich von Valenciennes, südlich der nach Mons führenden Straße bei Bavay und bei Aulnoye an der Sambre. In schweren wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Oulorain am Westrande von Bavay östlich von Aulnoye westlich von La Capelle. Zwischen der Duse und der Aisne hat der Gegner die Linie Verpins-Rogoi erreicht. Westwärts von Rethel hat er die Aisne überschritten und stand am Abend in Linie Wasigny-Roclon-Portien und nördlich von Tourteron. Zwischen Aisne und Maas folgte er bis Verdreffe und Rouzon.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Dun zu erweitern. Wir brachten den Feind an den Waldungen östlich von Murgau und Tontaines zum Stehen. Westlich von Sipy hat die bewährte brandenburgische 228. Infanteriedivision ihre Stellungen voll behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Gefährdung des Landes eintreten sollte. Deshalb Ruhe und Zubersticht!

(Ges.) v. Hellingrath, General der Kavallerie und Kriegsminister.

Bayerische Truppen besetzen die Grenze.

Wie gemeldet wird, haben bayerische Truppen die böhmische Grenze besetzt. Es wird jedoch versichert, daß nicht die geringste feindliche Wille befehligt, sondern daß es sich lediglich um eine polizeimäßige Maßregel handelt. Der Grenzschutz zwischen Bayern und Sachsen bleibt aufrecht.

Zur Friedensfrage.

Ausschluß der Versailles Konferenz.

Aus London wird gemeldet: Die Versailles Konferenz wird wahrscheinlich vorläufig ihre Arbeit hinsichtlich der Waffenstillstandsbedingungen und der Hauptkriterien für den Frieden auf einige Zeit vertagen, um den Teilnehmern der verschiedenen Länder Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Regierungen zu beraten. (Ainer Habasmeldung zufolge hat der Oberste Kriegsrat in Versailles seine Arbeiten mit einer vollständigen Verständigung abgeschlossen.)

Wilson kommt zur Friedenskonferenz?

Nach einer Mitteilung der Londoner „Times“ aus New York hat Wilson beschloßen, persönlich auf der Friedenskonferenz zu erscheinen.

Frankreichs Forderungen.

Wie obener Blättern zu entnehmen ist, fällt die Verabredung der Waffenstillstandsbedingungen der Entente auf den Widerstand Frankreichs zurück. Frankreich will nur unter der Bedingung in den Waffenstillstand einwilligen, daß die deutschen Truppen 80 Kilometer östlich des Rheins zurückgehen und Hamburg von den Engländern besetzt wird.

Konflikt zwischen Wilson und der Entente.

Nach Mitteilungen des Obersten Hauses, des Vertreters Wilsons im alliierten Kriegsrat, besteht Wilsons Hauptkonflikt mit der Entente darin, daß Wilson durch den Friedenskongress die allgemeine gleichmäßige Abklärung aller europäischen Staaten fordert, wogegen die Entente diesen Punkt nur auf Deutschland angewendet wissen will. Wilson sträubt sich deshalb auch gegen die Uebergabe irgendwelcher Kriegsmaterials durch Deutschland in die Hände der europäischen Entente. Ferner wies Oberst House im Auftrage Wilsons darauf hin, daß Wilson von Anfang an die Hungerblockade gegen Deutschland als ungeschicklich bezeichnet habe und daß nach erfolgter Aufhebung des U-Bootkrieges der Wahrungserwerb sobald als möglich ein Ende gemacht werden müsse. In einer der letzten Sitzungen ereignete sich ein Zwischenfall. Bei der Beratung eines Punktes wies Oberst House darauf hin, daß die Entente ohne die Hilfe Amerikas nicht in der Lage sei, sich den Sieg zu sichern. Selbst unter den jetzigen Umständen könne die deutsche Armee, wenn sie es nur mit den Franzosen zu tun hätte, diese in wenigen Wochen geschmettern. Darauf erwiderte der Vertreter Frankreichs, daß die Lage habe sich durch die Kapitulation Oesterreichs beinahe geändert, daß die Entente nicht mehr auf Amerika angewiesen sei, da Italien gegebenenfalls die Möglichkeit dieser Operationen gegen Deutschland habe. Dieser Zwischenfall wird lebhaft besprochen.

Frieden bis Januar?

Nach einem Londoner Telegramm erklärte Bonaeraw im englischen Unterhaus, daß die Waffenstillstandsbedingungen nicht die Friedensbedingungen seien. Bei verständnisvollem Entgegenkommen könnte der Friede bis Januar geschlossen sein.

Wiederannahme des unbeschränkten Schiffsverkehrs.

Der „Gerard“ meldet aus New York: In Erwartung des nahe bevorstehenden allgemeinen Friedens kündigen die Reedereien die Wiederannahme des unbeschränkten Passagier- und Verladeverkehrs nach den

europäischen Häfen einschließlich der deutschen Häfen für den 15. Februar 1919 an.

Die Verhinderung der europäischen Kolonien.

Die Londoner „Times“ hält die Teilnahme der Staatsmänner aus den Kolonien an den Friedensverhandlungen für notwendig. Südamerika ist bereits durch General Smuts und Australien durch den Ministerpräsidenten Hughes vertreten. Auch der kanadische Ministerpräsident Borden soll zum Friedenskongress eintreffen.

Die französische Forderung.

Der französische Finanzminister Klotz stellte in einer Rede in Amiens die Forderung auf, daß die arbeitsfähigen deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich bleiben dürften, um an dem Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften mitzuarbeiten. Die Zeitungen, welche diese Meinung wiedergeben, melden gleichzeitig aus London, daß der Abgeordnete Tardieu nach Washington gegangen sei, um die Zustimmung Wilsons zu einer bezüglichen Forderung zu bewirken.

Wohin die Arbeiter gehen?

„Le Populaire“ erklärt: Die Versailles Konferenz erklärt vorderhand die Bildung einer Gesellschaft der Nationen für unmöglich. Die Frage müsse einer viel späteren Zukunft vorbehalten bleiben.

Eine Rundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Ein Aufruf an die Arbeiter.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt einen Aufruf an die Arbeiter, in welchem es eingangs heißt:

„Das fürchterliche Völkermorden geht zu Ende, es kann kein Gedanke daran sein, es noch weiter fortzusetzen. Der Frieden kommt. Er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben. Politisch wird es sich darum handeln, die erzwungenen demokratischen Freiheiten zu sichern und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik das Unglück unseres Volkes verschuldet haben, müssen von ihren Ämtern verschwinden. Die dazu nötigen Schritte sind eingeleitet, sie sollen vor keiner Person haltmachen, so hoch sie auch gestellt sein mag. Wirtschaftlich handelt es sich darum, die Volksernährung sicherzustellen und den Uebergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß niemand verhungern muß. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsvermittlung und eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen notwendig. Diese Aufgaben können aber unmöglich geleistet werden, wenn alles drunter und drüber geht.“

Der Aufruf warnt dann sehr energisch vor Unruhen und Ausschweifungen, die das Volk in nur noch größerem Elend stürzen können.

Einigungsverhandlungen innerhalb der Sozialdemokratie.

Wie das „V. Z.“ berichtet, werden jetzt innerhalb der führenden sozialdemokratischen Kreise ernsthaftere Versuche gemacht, die beiden feindlichen Flügel wieder zu vereinen. Es ist zu diesem Zwecke eine Verständigungskommission in Aussicht genommen, in die von beiden Seiten, von der Scheidemann-Gruppe und von der Haase-Gruppe, Vertreter entsendet werden sollen.

Die Obmänner der Münchener industriellen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften haben ebenfalls eine Konferenz einberufen. Es macht sich auch hier eine Strömung geltend, zu einer Einigung zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen zu kommen. Zu diesem Zweck wurde von den Mitgliedern beider Parteien eine Kommission von je sieben Mitgliedern gebildet.

Ein Reichstagsmandat für Liebknecht?

Einer Nachrichtenstelle zufolge war von den Unabhängigen Sozialdemokraten Berlin an den Abgeordneten Stahl, der seit der gerichtlichen Beurteilung Liebknechts den Wahlkreis Potsdam 7 für die Mehrheitssozialdemokraten im Reichstag vertritt, mehrfach das Ersuchen gerichtet worden, Liebknecht wieder seinen alten Platz zu räumen. Stahl habe aber gar nicht daran gedacht, diesem Ersuchen nachzukommen. Nun sollen angeblich Verhandlungen mit dem „unabhängigen“ Vertreter des Wahlkreises Teitow-Beestow-Charlottenburg Zubeil schwaben, der, wie es heißt, eher geneigt wäre, sein Mandat niederzulegen, um Liebknecht erneut den Weg in den Reichstag zu bahnen.

Die Matrosenunruhen.

Weiteres Umsichgreifen. Unruhen in Lübeck, Hamburg, Brunsbüttel.

Lübeck in der Hand des Soldatenrates.

Wie die Lübecker Blätter melden, sind Dienstag nachmittag Kriegsschiffe von Kiel im Lübecker Hafen erschienen und haben Matrosen gelandet. Diese begaben sich in die Kasernen und in die Quartiere, wo sie die Soldaten aufforderten, sich ihrer Bewegung anzuschließen. Der Aufforderung wurde überall Folge geleistet. Die Offiziere wurden entwaffnet und ein Soldatenrat wurde gebildet. Im übrigen verlief die ganze Bewegung in Ruhe und Ordnung. Der Soldatenrat erhielt einen Aufruf, in welchem er erklärte, daß Lübeck nicht in seinen Händen sei. In mehreren größeren industriellen Betrieben sind nach der Frühstückspause die Arbeiter in den Zustand getreten. Sie hielten auf dem Marktplatz eine Versammlung ab.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teile des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegungen einverstanden ist. Der Präsident hat mich damit beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzutellen, daß Marshall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter (?) der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen. (Anmerkung: Amtlich ist die Note noch nicht eingelaufen.)

Was in der Note des Staatssekretärs Lansing erwähnte Memorandum, das Präsident Wilson von den verbündeten Regierungen erhalten hat, gibt über die Friedensbedingungen, die man uns stellen wird, nur unvollkommenen Aufschluß. Im allgemeinen erklären sich die Ententeregierungen ja mit den vom uns anerkannten Wilsonschen Grundsätzen einverstanden, aber in einem für uns sehr wichtigen Punkte, der die Freiheit der Meere betrifft, scheinen sie von diesen Grundsätzen weit abzuweichen zu wollen. Die Freiheit der Meere haben die verantwortlichen Stellen Deutschlands schon seit der ersten Kriegszeit als Kriegsziel erklärt, und Wilson hat diese Forderung auch auf die Fahne des Völkervertrages geschrieben. Wenn England — nur dieses kommt hier wohl in Frage — sich jetzt diesem Punkte des Friedensprogramms widersetzt, so steht es im Gegensatz zu der idealen Forderung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und es bleibt nun abzuwarten, ob Wilson geneigt sein wird, in diesem Punkte nachzugeben. Auch sonst fürchten wir, daß die feindlichen Staatsmänner, wie es ja schon in der englischen und französischen Presse geschehen ist, Ansprüche stellen werden, die dem von ihnen vorgeblich anerkannten Programm Wilsons schnurstracks zuwiderlaufen. Sie werden versuchen, an verschiedenen Punkten dieses Programms herumzudrehen und ihnen Auslegungen zu geben, die mit dem von Wilson angezeichneten und für uns unerschütterlichen Frieden nichts mehr gemein haben. Ueber die territorialen Fragen, die bei den Friedensverhandlungen zu erledigen sein werden, gibt das Memorandum nicht einmal eine Andeutung. Dagegen haben sich Frankreich und England bereit, der Forderung auf Abschaffung aller durch deutsche Angriffe der Zivilbevölkerung zugefügten Schäden die denkbar weitestgehende Ausdehnung zu geben. Es steht zu erwarten, daß sie diese Forderung auch auf solche Schäden ausdehnen werden, die durch Kriegsnöwendigkeiten verursacht, zum Teil von ihnen selbst angerichtet worden sind. Hier wird es Sache unserer Unterhändler sein, die gegnerischen Ansprüche auf ein gerechtes Maß zurückzuführen. Im übrigen sehen wir jetzt mit Spannung der Entente unseren bereits nach dem Westen abgezogenen Bevollmächtigten entgegen.

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission.

Für die Verhandlungen über den Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente ist, wie schon gemeldet, deutscherseits eine Kommission ernannt worden. Sie wird geführt von dem Generalmajor Detlef von Winterfeldt, jedenfalls ist dieser ihr wichtigster Mitarbeiter. Es gehören ihr ferner an der frühere Staatssekretär Admiral v. Hinge und Admiral v. Meurer, sowie General Erich v. Gündel, der deutscher Militärdelegierter bei der zweiten Haager Friedenskonferenz 1907 gewesen war. Es ist entsprechend dem Charakter der Waffenstillstandsverhandlungen eine militärische Kommission. Der einzige Zivil-Diplomat dabei, Herr v. Hinge, kann seinen Admiralsrang geltend machen. Auch ist bemerkenswert, daß durch die Zugelung eines zweiten hohen Seeoffiziers, des Admirals v. Meurer, offenbar besonders Gewicht auf die maritime Seite des Waffenstillstandes gelegt werden soll. Sehr glücklich erscheint die Wahl des Generalmajors von Winterfeldt. Herr v. Winterfeldt hatte bis zum Ausbruch des Weltkrieges außerordentlich gute Beziehungen zu Frankreich. Herr v. Winterfeldt erregte die Insignien eines Offiziers der Ehrenlegion und die Pariser Presse schrieb: „Wenn alle Deutsche so sind wie Colonel v. Winterfeldt, dann müssen die Beziehungen zwischen beiden Nationen sich bessern“. Was Herr v. Winterfeldt den Franzosen, ist Herr v. Hinge den Engländern und Amerikanern gegenüber. Er kennt sie gut. Er hatte in Mexiko und China mit ihnen zu tun. Das er seine Gaben, besonders die der geschickten und zähen Unterhandlung jetzt in den Diensten des Waffenstillstandes stellen kann, ist sehr erfreulich. Man darf zu ihm, wie zu den anderen Mitgliedern der Kommission das Vertrauen haben, daß sie die Ehre und das Interesse des deutschen Volkes bis zum äußersten diplomatisch verteidigen.

Kein Anlaß zur Beunruhigung.

Eine Warnung des bayerischen Kriegsministers. Die Münchener „Korrespondenz Hoffmann“ meldet amtlich: Die Waffenstillstandsbedingungen, die unserm bisherigen österreichischen Verbündeten auferlegt worden sind, eröffnen dem Feind die Möglichkeit, unsere Ost- und Obergrenze militärisch zu bedrohen.

Das bayerische Volk, das in diesem Kriege bewundernswerten Opfern geteilt hat, kann auch dieser Möglichkeit unverzüglich entgegensehen. Zur Beunruhigung liegt kein Anlaß vor; Vorkehrungen für den Schutz der Heimat sind getroffen und im Gange. Die Bevölkerung darf das höchste Vertrauen haben, daß sie sich rückhaltlos dem Vorkriegsstand entgegenstellen kann.

Dienst... Aler... Abend... der U... der pl... glieml... ordnet... Vdba... lichen... die G... milche... Niepe... sofor... Solda... seine... angen... laßun... Die W... daten... fange... schaft... thieft... die G... die U... sich un... aus de... waren... lung... Zufu... wurde... die W... die n... der G... ihnen... moner... vedung... Soldat... samme... den St... Soldat... gehalte... verlass... lau be... Auf b... Dienst... der W... Jug, d... in Ute... Z... D... wieder... hort d... Soldat... Demor... Berg... Wuffor... Werfte... Arbeit... rliche... W a f... hie b... Man f... und b... fährd... tlichen... Blutun... besteht... zwunge... für de... die St... Arbeit... Die L... Waffe... von de... soll au... Die S... ba h... offener... und S... W... ligenge... in der... fange... persone... versam... 15000... Urlaub... Verpfle... wurde... Bundes... Menge... schenme... um ber... gestellt... aus ein... wurden... Teil f... dem S... Nahr... Schleier... entspan...

Die Bewegung in Hamburg.

In Hamburg machten sich bereits am Montag und Dienstag Anzeichen bemerkbar, die auf ein Ueberdauern der Kriegerbewegung auf Hamburg deuteten. Für Dienstag Abend war im Gewerkschaftshaus eine große Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten einberufen, an der viele Matrosen und Soldaten teilnahmen und die in ziemlich ruhiger Verlesung der Hauptredner, Reichstagsabgeordneter Dittmann, führte u. a. aus: Die Forderung der Abdankung des Kaisers werde heute von weltlichen bürgerlichen Kreisen unterstützt. Die Unabhängigen aber verlangen die Einführung der sozialistischen Republik (Stürmischer Beifall). Von den Unabhängigen sprachen dann noch Kleper und Döwll. Letzterer forderte mit Nachdruck die sofortige Republik, Einlegung eines Arbeiter- und Soldatenrates, der zum Rathaus gehen müsse, um dort seine Forderungen zu stellen. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung fordert erneut die Freilassung aller Opfer der hiesigen Jüdischen und Militärjustiz. Die Versammlung erklärt, die von dem Arbeiter- und Soldatenrat in Kiel aufgestellten Forderungen in vollem Umfang zu unterstützen, und fordert die Hamburger Arbeiterklasse auf, zu diesem Zwecke unverzüglich in den Sympathiestreit einzutreten.“ Es bildete sich dann ein Zug durch die Stadt. Sodann ging es zum Hauptbahnhof, um dort die Urtauber zum Hierbleiben zu bewegen, und bewegte sich unter Absingen von Liedern durch die Stadt zur Kaserne, aus der am Montag 150 Militärgefangene entwichen waren, von denen einige, wie es heißt, an der Versammlung teilnahmen. Dort kam es gegen Mitternacht zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, wobei auch geschossen wurde. Drei Personen waren verletzt worden. Später zogen die Matrosen nach Altona, wo jedoch von der Militärbehörde die nötigen Schutzmaßnahmen getroffen worden waren. Auf der Straße wurden gefangene Soldaten befreit, sämtlichen Soldaten wurden die Kolarden abgenommen. Gestern morgen strömten beim Hauptbahnhof, offenbar auf Verabredung und auf ein geheimes Kommando gehörend, die Soldaten und Matrosen mit übergehängten Gewehren zusammen und nahmen alle Soldaten auf den dort fahrenden Straßenbahnen, ausstiegen und sich ihnen anzuschließen. Soldaten, die sich nicht anschließen wollten, wurden mit vorgetragenen Revolver gezwungen, die Straßenbahnwagen zu verlassen. Auch versuchten die beteiligten Soldaten, die Urtauber dazu zu bringen, Hamburg nicht zu verlassen. Auf diese Weise wurden sämtliche Soldaten, die sich zum Dienst nach den Kasernen begeben wollten, gezwungen, sich der Bewegung anzuschließen. Es formierte sich dann ein Zug, der nach den Kasernen und nach dem Generalkommando in Altona marschieren wollte.

Zusammenstöße. — Mehrere Tote. Werftstreik und Plünderungen.

Die Werftarbeiter kamen gestern früh zum Teil wieder zur Arbeit auf die Werften. Es empfing sie aber dort die Parole des provisorisch gebildeten Arbeiter- und Soldatenrates, die Werften zu verlassen und an der Demonstrationsteilnahme auf dem Heiligengefildesberg zu marschieren. Sämtliche Arbeiter leisteten dieser Aufforderung Folge und verließen in guter Ordnung die Werften, die sämtlich stillstehen. Als die abrückenden Arbeiter durch den Eibttunnel zogen, trat ihnen militärischer Widerstand entgegen. Es wurde mit Maschinengewehren geschossen und 9 Tote blieben auf dem Platze. Viele wurden verletzt. Man sieht auf den Straßen vielfach rote Kolarden und rote Schleifen. Am Dammtor wurden militärische Gefangene befreit, deren Wagnismannschaft keinen Widerstand leistete und die Gewehre abgab. Der Eibttunnel und die Eibbrücke sind mit Maschinengewehren besetzt. Auf der Hochbahn wurde das Zivilpublikum gezwungen auszusteigen. Die Bahn wird nur zur Vernehmung für den Arbeiter- und Soldatenrat freigegeben. Durch die Stadt ziehen zahlreiche Trupps von Arbeitern und Arbeiterinnen, mit roten Kolarden und Schleifen geschmückt. Die Waffenladen werden geplündert. Die Waffenkammer am Lunapark in Altona wurde von den Soldaten gestürmt und ausgeraubt. In Altona soll auch ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet werden. Die Schulen wurden neuerdings geschlossen. Die Eisenbahnzüge nach Hamburg und Kiel werden auf offener Strecke angehalten und sämtliche Matrosen und Soldaten aufgefordert, die Flüge zu verlassen.

Vor der Demonstrationssammlung auf dem Heiligengefildes sind aus dem Untersuchungsgefängnis in der Nähe des Postenplatzes im ganzen 2000 Gefangene befreit worden, und zwar nicht nur Militärpersonen, sondern auch Zivilgefangene. In der Massenversammlung auf dem Heiligengefildes, an der mehr als 15000 Personen teilnahmen, erklärte ein Redner, daß die Urtauber nicht zur Front reisen sollten. Für ihre Verpflegung werde gesorgt werden. Der Militärbehörde wurde die Forderung unterbreitet, die Kasernen in der Wundtstraße auszuliefern, weil von dort aus auf die Menge geschossen wurde. Sodann bewegte sich die Menschenmenge zum Teil durch St. Pauli nach Altona, um den Stadtkommandanten die vom Soldatenrat aufgestellten Forderungen zu unterbreiten. Unterwegs wurde aus einigen Häusern von Offizieren geschossen. Sie wurden aus den Häusern herausgeholt und zum Teil schwer verwundet. In St. Pauli und auf dem Steinweg wurden verschiedene große Läden und Nahrungsmittelgeschäfte geplündert. Bei der Schießerei, die sich infolge des Widerstandes der Offiziere entspann, wurden zwei Frauen in der Altonastrasse getötet.

Der Stadtkommandant von Hamburg Altona und Umgebung empfing eine Deputation und nahm die sämtlichen Forderungen an, die in der Hauptsache folgende sind:

- Freilassung aller inhaftierten Militärpersonen,
- Abkündigung aller Unterscheidungsmerkmale zwischen Offizieren und Mannschaften,
- Übernahme der Lebensmittelverteilung durch den Soldatenrat.

Die Bewegung in Brunsbüttel.

Aus Brunsbüttel meldet der „Nordische Kurier“: Der Bewegung in Kiel haben sich die Matrosen der hier liegenden Großkampfschiffe „Posen“, „Ostriesland“, „Rassau“ und „Oldenburg“ angeschlossen. Es fanden Versammlungen statt, in denen beschlossen wurde, Ruhe und Ordnung zu bewahren und keine Veränderungen vorzunehmen. Im übrigen wurden dieselben Forderungen aufgestellt, wie in Kiel. Nach Beendigung der Versammlung wurde von den Matrosen die Flakstation Ostmoor besetzt. Dann ging es in geschlossenem Zuge nach den Schleusenanlagen. Die Seewehr und Artillerieabteilung, die sich zur Wehr setzten, wurden überwunden und in kurzer Zeit waren die Matrosen Herren der ganzen militärischen Anlagen. Unruhen fanden nirgends statt. Eine Abordnung des Kieler Soldatenrates wird erwartet.

Der Stadtkommandant von Kiel erschossen.

An der Lage in Kiel hat sich nichts geändert. Es herrschte gestern völlige Ruhe. Der Eisenbahn- und Postverkehr ist unterbrochen. Der Soldatenrat übt weiterhin die Macht aus. Reichstagsabgeordneter Begien, der den Wahlkreis Kiel im Reichstage vertritt, ist in Kiel angekommen. In der Nacht zum Mittwoch ist der Stadtkommandant Kapitän zur See Feine von einer Patrouille erschossen worden. Die Patrouille hatte den Auftrag, den Stadtkommandanten abzuholen. Er weigerte sich aber, dem Befehle Folge zu leisten, und wurde darauf in seinem Haus erschossen. Die Stadt ist vollständig in der Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Manneszucht in der Marine ist vollkommen erhalten geblieben. Die Mannschaften leisten den Vorgesetzten des Militärs Gehorsam; doch gibt es Vorgesetzte nur im Dienst. Der Hafen zeigt das gewöhnliche Aussehen. Der Unterschieb gegen früher besteht nur darin, daß sämtliche Krieg- und Handelsschiffe die roten Fahnen mit der roten Fahne vertauscht haben. Wie von den Schiffen, weht auch vom Rathausurm die rote Fahne, zum Zeichen, daß die Verwaltung der Stadt ganz in die Hände des Soldatenrates übergegangen ist. Doch läßt man die alten Behörden ruhig weiterarbeiten. Nur hat man ihnen sozialdemokratische Beigeordnete zugeleitet.

Die Lage in Wilhelmshaven.

In Wilhelmshaven ist es nicht zu Ruheströmungen gekommen; auf den Schiffen und in der Stadt ist alles ruhig geblieben. Die Kleiner Ereignisse scheinen bisher keine Einwirkung auf die Marineverhältnisse in Wilhelmshaven gemacht zu haben. Auch in Tugshaven ist es völlig ruhig geblieben.

Letzte Drahtnachrichten.

Die deutsche Waffenstillstandsabordnung.

Berlin, 6. November. Die Kommission, welche heute zu den Waffenstillstandsverhandlungen sich nach dem Westen begeben hat, besteht aus: Staatssekretär Erzberger, General von Gündel, Graf Oberdorff, General von Winterfeldt und Kapitän Vanselow. (So ist also Admiral v. Hinzke nicht Mitglied der Kommission, wie ursprünglich gemeldet war.)

Das Zusammentreffen mit Marshall Foch.

(Mitteil.) Berlin, 7. November. Die deutsche Heeresleitung richtete auf Anordnung der Regierung einen Funkspruch an Marshall Foch, wonach die deutschen Bevollmächtigten, General der Infanterie v. Gündel, Staatssekretär Erzberger, Graf Oberdorff, General von Winterfeldt, Kapitän Vanselow, um Mitteilung bitten, wie sie mit Marshall Foch zusammentreffen können. Der Funkspruch sagt hinzu: Die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit dem Eintreffen der deutschen Delegation an der Front der Alliierten vorläufige Waffenruhe eintreten könnte. Der Antwortfunkpruch des Marshall Foch besagt: Wenn die Bevollmächtigten mit dem Marshall wegen des Waffenstillstandes zusammentreffen wollen, mögen sie sich bei den französischen Vorposten auf der Straße Chimay-Boules-De Capelle-Guisse einfinden, wo sie an den Ort der Zusammenkunft geteilt werden sollen.

Zu Wilsons Friedensnote.

Berlin, 7. November. Damit, daß unsere Feinde allgemein Wilsons Anschauungen beitreten, ist die Basis für die Friedensverhandlungen in der Hauptsache, wie Germania schreibt, so gegeben, wie wir sie uns gedacht hatten. Und das scheint umso mehr ein Verdienst Wilsons zu sein, als er nicht als unser Freund und auch nicht als Neutraler gehandelt hat. Die Morgenpost sagt: Unsere Regierung betrachtet die neueste Wilsonnote als geeignetste Grundlage für die Durchführung der Waffenstillstands- und den Beginn der Friedensverhandlungen. Was wir empfinden, das zu sagen, ersinne man uns. Wir haben

den Krieg verloren und müssen fast genug sein, die Folgen zu tragen. Bald werden wir hier sehen, was verwirklicht ist und wieder aufzubauen gilt. Und die Ärzte, die uns noch verbleiben, müssen wir zum Aufbau zusammen nehmen; sie durch Unruhen und Quisiche und Kämpfe im Innern zu spalten, die, zum Unglück des Volkes das Verbrechen am Volke sigen. Die Wilsonnote sagt: Aus der Rote Sanfing ergibt sich, daß Präsident Wilson seines Mandates in der korrektesten Weise gewaltet hat. Im Berliner Tageblatt liest man: Wilson hat durch die Vermittlung des Obersten Gaus eine Einigung auf der von ihm immer geforderten Basis erzielt. Die Vertreter der härteren Richtung in der Entente haben auf ihre weitergehenden Ansprüche und Hoffnungen Verzicht leisten müssen. Dieser unbestreitbare Erfolg Wilsons läßt die Möglichkeit zu, daß bei den Friedensverhandlungen nicht völlig von dem abgewichen werden wird, was man einen Rechtsfrieden nennen kann. Die Aufforderung, die Bedingungen des Foch entgegenzunehmen, soll natürlich zeigen, daß Deutschland im Kriege unterlegen ist. Das deutsche Volk braucht es nicht als eine Schmach zu empfinden, wenn es noch soviel Taten und Entbehrungen, während seine Front noch heldenhaften Widerstand leistet, auf die Fortsetzung eines Kampfes, den es gegen die ganze Welt führen muß, in ruhiger Ueberlegung verzichtet und seine Ärzte für neue Arbeit in einem freien Staatswesen erhalten will.

Eine Wendung in Polen.

Warschau, 6. November. Die Warschauer Morgenblätter berichten von einer neuen politischen Wendung in Polen. Mit dem Sitz in Krakau wurde gestern ein Direktorat der polnischen Volksrepublik gebildet, zu dem Vertreter der polnischen sozialistischen und der Volksparteien des Königreiches Polen und Galizien gehören sollen. Diese fünfgliedrige Institution hat die Aufgabe, baldmöglichst eine demokratische Nationalregierung ins Leben zu rufen.

Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

Wien, 6. November. Das Präsidium des Staatrates veröffentlicht folgende Mitteilung: Der deutsche Botschafter Graf Wedel hat dem Staatssekretär für Aeußeres Adler, einen Besuch ab und teilte ihm mit, daß die deutsche Regierung die Konstituierung der deutsch-österreichischen Regierung zur Kenntnis genommen habe. Staatssekretär Adler erklärte, die deutsch-österreichische Regierung werde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dem erforderlichen Schutz der in Deutsch-Oesterreich weilenden Reichsdeutschen sich angelegen sein lassen.

Die Vorgänge in Böhmen.

Wien, 6. November. Die Neue Freie Presse meldet aus Prag: Aramarcz traf gestern Abend mit den übrigen tschechischen Delegierten aus der Schweiz hier ein. In den Straßen der Stadt wurde er von einer riesigen Menschenmenge stürmisch begrüßt. Vom Balkon des Bahnhofgebäudes hielt Aramarcz eine Ansprache, in der er sagte, daß keine Macht der Welt mehr imstande sei, dem tschechischen Volke das aus der Hand zu nehmen, was es besitzt. Die Rede klang in den Ruf aus: Es lebe die tschechoslowakische Republik!

Ententetruppen in Ungarn.

Budapest, 6. Novbr. Westi Naplo bringt die Nachricht, daß die Ententetruppen Ungarn nicht okkupieren werden. Sie werden sich 15 Kilometer von der Donau und Save entfernt aufstellen. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß die Entente auf dem Balkan keine überflüssigen Truppen beibehält und daß sie es als überflüssig erachtet, sich durch Okkupation gegen das Wiederaufleben eines Krieges zu schützen, da von den ungarischen Truppen nicht zu befürchten ist, daß die Feindseligkeiten aufs Neue ausbrechen.

Die Ueberlebenden.

Wien, 6. November. Den Blättern zufolge trafen gestern nach vielen überstandenen Strapazen die überlebenden Deutsch-Österreicher und Tschechoslowaken des von den Italienern versenkten Großkampfschiffes „Diribus unitis“ ungefähr 300 Mann in Wien ein. Die Zurückgekehrten, blieben, da sie nur das nackte Leben retteten, ein Bild des Jammers. Unter ihnen befindet sich auch der letzte Kommandant der österreichisch-ungarischen Flotte, Konteradmiral Sorthy.

Finnland Kriegsbereit.

Stockholm, 5. November. Svenska Dagbladet meldet aus Helsingfors: Die Schwierigkeiten bei der Organisation des finnischen Heeres sind nun überwunden und die ältesten Jahrgänge in die Heimat beurlaubt worden. Disziplin und Ordnung sind im Heere wiederhergestellt und das Heer bereit, dem Feinde entgegenzutreten. Auch die Grenzwachposten sind in betriebsfähiger Weise organisiert. Der Kriegsminister bestätigt die Gerüchte, daß die russischen Bolschewisten Angriffspläne gegen Finnland und gegen das finnische Heer hätten. Es müsse daher bis zum Eintreten des Weltfriedens auf Kriegsfuß verbleiben und ein neues Wehrgesetz fertiggestellt werden.

Die Wahlen in Amerika.

Newport, 6. November. (Neues.) Die demokratischen Blätter „Newport Times“ und „World“ geben zu, daß die Republikaner im nächsten Kongreß die Mehrheit haben werden. „Newport Times“ behauptet, daß die Republikaner im Senat eine Mehrheit von 4 und im Repräsentantenhaus eine Mehrheit von 19 Vertretern haben werden. (Präsident Wilson ist Demokrat, die Republikaner sind also seine Gegner.)

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selmann. — Druck und Verlags: Auer Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H.

OSRAM LAMPEN
Gasegefüllte Lampen bis 2000 Watt
Auer-Gesellschaft
Berlin O 17

Patentchau.

Aus den amtlichen Veröffentlichungen zusammengestellt vom Patentbüro O. Reilger & Co., Dresden, Schloßstr. 2.
 Pat. Winkler, Röhrl: Vordrücken. (Bm.) — Max Joh. Gerstner, Aue: Tischstempel. (Bm.) — A. Krauß, Schwarzenberg: Weisheitszahn mit flacher Spitze. (Bm.) — Pat. Erdweg, Schwarzenberg-Neustädtel: Wischel als Schlüsselübung für Schlüsselbohrer. (Bm.) — Pat. Chr. Schellier, Aue: Schaffhalter für Webstühle. (Bm.)

Amliche Bekanntmachungen.

Bucheckernsammlung.

Die günstige Zeit für die Bucheckernsammlung ist jetzt gekommen, da die tauben Bucheln gumeist abgefallen sind. Die gesammelten Bucheckern sind an die Firma O. Winkler in Aue abzuliefern. Diese fertigt über die abgelieferten Bucheckern Weisheitszähne aus, die an den Mitgliederband der Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg zum Zweck der Ausstellung von Delbegrüßungen einzusetzen sind. Der Sammellohn für das Alilo Bucheckern beträgt 1,00 M., ferner werden gegen Bezahlung 8 vom Hundert des Gewichtes der abge-

lieferten Bucheckern, also auf 1 Alilo 80 g Del, durch den Bezirksamt und der Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, zurückgegeben. Auf die Befolgung, sich Del zu verschaffen und damit die Befolgung zu verbessern, wird nochmals besonders hingewiesen.
 Schwarzenberg, den 5. November 1918.
 Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
 Dr. Köhler.

Aue. Verleihen haben wir dem Polizeiwachtmelster Obdile den Amtmannen Polizeiwachtmelster, Oberhauptmann Volgt den Amtmannen Polizeiwachtmelster, Aue, den 6. November 1918. Der Rat der Stadt.

Erzgebirgische Bank E.G.m.b.H. Schneeberg-Neustädtel - Hartenstein - Lauter i. Sa. - Günstigste Verzinsung von Bareinlagen.

Sanft in dem Herrn verschied ganz unerwartet am Dienstag vormittag 1/12 Uhr meine liebe Frau, meine treusorgende Mutter, unsere gute Tochter und Schwester

Olga Martha Hahn geb. Hammer

in ihrem 29. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrubt an
AUE,
 den 7. Nov. 1918.
Franz Hahn, z. Zt. im Felde,
Kurt Hahn,
Gustav Hammer und Frau,
Ernst Hammer, z. Zt. im Felde,
 nebst übrigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen findet Sonntag, den 10. November, mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause, Mehnertstraße 9, aus statt.

Arbeiterinnen und Stanznerinnen
 sowie
einige jugendliche Arbeiterinnen

für dauernde Beschäftigung
 sofort gesucht.

Erzgebirgische Schnittwerkzeug- und Maschinenfabrik G.m.b.H., Schwarzenberg.

Stahlvertreter gesucht.

Es wird nur auf brauchbare, bei der Industrie bestens eingeführte Kraft rekrutiert. Angebote unter B. S. 24 977 an Rudolf Mosse, Bremen 2

Kopfhärwasser

in großer Auswahl empfiehlt preiswert **Stern & Gauger** Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Wettinerstr. 48 am Wettinplatz. Berechnete amtliche Haarreinstelle für Kriegszwecke.

Herrenwäsche

wird gemäßigt mit gut. Stärke Stoff gewaschen in der Wasch- und Dampf-Abteilung **H. Thonfeld** (Inh. H. Schmidt), Zwickau.

Annahmestelle

für Aue und Umgebung bei **Franz Härtel, E.-Papl-Str. 33.**

Zweiräderigen Federwagen

6-8 Gensler Engkraft, gut erhalten, verkauft **H. Wilschke,** Schwarzenberg, Str. 24.

1 Kleiderschrank u. 11. Hausgeräte

zu verkaufen. In erfahren im Aue Tagesblatt. Ansehen von 9-11 Uhr. **Schneeberger Str. 78.**

Für die liebevollen Beweise beim Heimgange meiner viel zu früh dahingeshiedenen lieben Tochter, der Jungfrau

Hedwig Elisabeth Richter

sage ich allen meinen verbindlichsten Dank. Besonderen Dank der Fa. S. Woll, sowie ihren lieben Mitarbeiterinnen für die aufrichtige Teilnahme.

Die trauernde Witwe **Hedwig Richter** nebst allen Angehörigen.

Im Blauen Engel zu Aue spricht

Montag, den 11. Nov. 1918, abend 8 Uhr,
Major Feyerabend vom Kriegspresseamt

„Die Forderung der Stunde an jeden deutschen Mann“

Charit. 30 Pf. bei Paul Milster und an der Kasse.

Der Aufklärungsausschuß.

Apollo-Lichtspiele

Bahnhofstraße 17 AUE Bahnhofstraße 17
 Freitag bis Sonntag, den 8. bis 10. Novbr.

ganzieren die beiden berühmten Künstlerinnen **Henny Porten** und **Mia May.**

Edelsteine

Phantastisches Schauspiel in 4 Akten aus erster Gesellschaft

Hauptrolle: **Henny Porten u. Paul Hartmann.**

Große Toiletten. Erstklassige Dekorationen.

Henny Porten

„Opfer“ Ein Mahnwort an Kriegsbeute. Ergreifende Tragödie in 5 Akten.

Hauptrolle: **Mia May u. Fritz Westfried.**

Freiwilliger Schülerhilfsdienst in der Landwirtschaft. Kriegsanth. Film.

Tägl. 2 geschloss. Vorst., Anf. punkt 7 und 9 Uhr. Kasseneröffnung 1/2 7 Uhr. — Kein Vorverkauf. — Preise: Loge 100, 1. Platz 110, 2. Platz 80. Sonntag von 2-6 Uhr für Kinder und Jugendliche.

Höflichst ladet ein **Apollo-Lichtspiele.**

Achtung! **Sie kommen.** Voranzeige. **Soefner's lustige Leipziger!**

Dir. C. Soefner
 Sonntag, den 10. November, abends 8 Uhr
„Bürgergarten“, Aue.

Berechtigte amtliche Haarreinstelle für Kriegszwecke.

2 Pfg. zahlen für ein Gramm Wirtin (ausgekämmte Frauenhaare) **Stern & Gauger,** Perückenfabrik- und Haargroßhandlung, Aue, Wettinerstraße 48, nur am Wettinplatz.

Personal

weibliche und männliche, jugendliche und ältere, teilweise auch solche, die nur halbe Tage arbeiten können, für dauernde Arbeit gesucht.

Max Gerstner, Aue, Mittelstraße 88.

Aufwartung

für die Vormittagstunden sofort gesucht.
Koch, Gabelsbergerstr. 101.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen

Else Andrä

fühlen wir uns veranlaßt, für die so zahlreich dargebrachte Anteilnahme unsern

herzlichsten Dank auszusprechen.

Aue und Neustädtel, den 6. Nov. 1918.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

DANK. Nachdem wir unsern lieben Entschlafenen

Gustav Paul

dem Schoße der Erde übergeben haben, ist es uns Herzensbedürfnis, allen Lieben für den reichen Blumenschmuck sowie Beileidsbezeugungen herzlichst zu danken.

Dank auch seinen Herren Chofs für das jederzeit bewiesene Wohlwollen, Ferner Dank dem Königl. Sachs. Militärverein I und dem Heizer- und Maschinistenverein für das Ehrengeleit. Der liebe Gott möge alle vor soviel Herzeleid behüten. Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Habe Dank! und Ruhe sanft! in die Ewigkeit nach.

Die Hinterbliebenen.

Achtung! Die nächste Ladung **Speisefarbstoffe** auf Vanbestarfsarten trifft Ende dieser Woche ein. Von mir veräußerte Aufschneide sind bis Freitag in meinem Geschäft **Wettinerstr. 78** abgegeben.
Wlag Winthoes.

Morgen Freitag verkaufe

1 Ladung Weißkraut,

bestes Hollsteiner Kraut, 2 Zentner 1012. 7.50.
L. Meizer, Bockauerstr. 1.

Schnelle u. zuverläss. Herwrg. v.
PATENT. Muster Schutz

11. Warenzeichen. Seit 1908 bekannt u. empf. Benutzung u. Ausübung gesetzlich geschützt. Patentbüro Krugger, Dresden-A., Schloßstraße 9.

Für Hausmädchen hat ichone Marie Rösch, Stellenpsemit., Plaug 1. V., Straußenstraße 9.

Gut erhaltene Mandoline
 zu verkaufen. In erfahren im Aue Tagesblatt.

Wir suchen für unser Büro eine erste Kraft
 für eine selbständ. leitende Stellung. Herren mit Erfahrung im Einkauf bevorzugt. Ausführliche Angebote mit lückenlosen Zeugnisabschriften und möglichst mit Bild erbiten

Gebrüder Bing A.-G., Grünhain i. Sa.

Fräulein
 im Schreiben und Rechnen bewandert, findet Stellung.
Emil Georgi, Blumenfabrik, Wettinerstr. 1.

Junges Mädchen,
 ehrlich und sauber, als Aufwartung gesucht von **Frau Alfred Seltsche, Gabelsbergerstr. 24, I.**

Mark 80000
 als 1. Hypothek innerhalb Brandkasse auf unser fast neues, modernes Ziegelwerk mit 4 Millionen Produktion und 10 ha Grundbesitz sofort oder später zu leihen gesucht.

Eicher Ziegelwerk, Eich i. S.

Altpapier
 Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Kontobücher, Akten, Geschäftspapiere (mit Nachweis der Vernichtung) kauft zu höchsten Marktpreisen in unserem Auftrage

Papierverwertungsstelle Aue
 Reichsstraße 9 — Fernruf 138

und die bekannten Unter-Annahmestellen. Größere Posten werden auf Bestellung abgeholt.

Papierverwertungs-Gesellschaft
 m. b. H., Dresden. Rohstoff-Einkaufsgesellschaft sechs Papierfabriken.

Der Northcliffe-Frieden.

Es ist unübersehbar, daß Wilson's geistiger Einfluß immer mehr zur Geltung kommt. Sobald man auf Seiten der Entente den praktischen Waffenstillstands- und Friedensvorschlägen näherkommt. Uns scheint, daß schon in den Friedensbedingungen für die Türkei sich ganz deutlich die Idee eines imperialistischen Friedens zu Gunsten Englands zeigen. England will den Krieg mit der Festigung seiner Welt Herrschaft abschließen. Das geht deutlich aus einem Artikel hervor, den Lord Northcliffe persönlich in den „Times“ veröffentlicht. Es gibt Leute, die da meinen, daß in Northcliffes Vorschlägen sich die Absichten der Entente widerspiegeln. Wenn dem so ist, so muß man sagen, daß Wilsons Ideen eine fatale Rolle spielen werden. Lord Northcliffe redet nicht von Abrüstung und Freiheit der Meere, vom Fortfall jedes Wirtschaftskrieges und von internationalen Schiedsgerichten. Er streift den Völkerbund nur von weitem. Er möchte seine Gründung nach Möglichkeit hinausschieben. Nur sehr unvollkommen bekennt sich Northcliffe auch zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Er verlangt die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, ohne jedoch ausdrücklich festzulegen, daß auch die Elsaß-Lothringer über ihre Zukunft selbst entscheiden sollen. Auch bei der Festlegung der politischen Grenzen will er nicht das Selbstbestimmungsrecht zur Grundlage machen, sondern Kommissionen aus Polen und Preußen sollen die künftige Grenze ausarbeiten. Überall zeigt sich in seinem Artikel der Wille zum Macht- und Unterwerfungsfrieden. Natürlich verlangt er Ersatz für die durch den Unterjochkrieg vernichtete Handelstonnage. All das, was Englands Werten gegen jedes Völkerrecht in Heimat und Uebersee uns ruiniert hat, spielt bei dem Gewaltpolitiker Northcliffe keine Rolle. Das Bild wäre nicht vollkommen, wenn der größte aller Niedrig-Politiker nicht auch sich in schroffer Form gegen die Zurückerstattung des Kolonialbesitzes an Deutschland ausspräche. Er meint, der Kampf um die Kolonien sei auch nach unserer Meinung im Westen zu entscheiden gewesen, und da die Entente den Krieg gewonnen habe, dürfe England nach Herzenslust seine Beute in allen Erdteilen einstreifen. Es ist außerordentlich charakteristisch, daß gerade Northcliffe sich zum Wortführer der Gegenseite aufwirft. Deutschland wandte sich an Wilson, Wilson hat vorläufige Antworten gefandt, Northcliffe erhebt den Anspruch darauf, die endgültige Antwort zu formulieren. In den feindlichen Ländern protestieren aber keine Liberalen und keine Arbeiter gegen diese offenkundige Verfallung der Kriegsziele Wilsons. Die Grundzüge des Präsidenten der Vereinigten Staaten werden willkürlich verändert und statt einem Wilson-Frieden proklamiert die Entente einen Northcliffe-Frieden. Aber die Entente soll wissen, daß ihr Kauffrieden keinen dauernden Gewinn bedeutet. Die Weltgeschichte hat noch keine Welt Herrschaft gebildet, und wenn die Entente heute Northcliffe folgt, so legt sie auch den Todeskeim zu diesem Gewaltfrieden.

Die konservative Londoner Wochenschrift „The Spectator“ veröffentlicht einen Artikel über die Zukunft der deutschen Kolonien, in dem sie die Hoffnung ausdrückt, daß man nicht versuchen werde, sie unter einen internationalen Ausschuss oder eine andere gemischte Organisation zu stellen. „The Spectator“ schreibt: Kolonien seien wie Kinder, und Kinder könnten sich nicht glücklich oder gut entwickeln, wenn sie von einem Komitee erzogen würden, anstatt von den Eltern. Die internationale Verwaltung sei im Kongreß erprobt worden und wie man wissen mit Ergebnissen, deren Wiederholung niemand wünsche. Kolonien erforderten einen sehr hohen Grad von Opfern, die von einem internationalen Ausschuss niemals gebracht würden. Tropische Kolonien wie Ostafrika und Neu-Guinea könnten niemals unabhängig werden oder sich selbst verwalten. „The Spectator“ ist der Ansicht, daß die Mehrheit des britischen Volkes, auch in den Dominions, sehr erfreut sein werde, wenn die Amerikaner einen großen Teil der früheren deutschen Kolonien unter ihren Schutz nehmen und zur Entwicklung bringen würden.

Eine deutsche Protestnote an Rußland.

Die Umsturzpropaganda der russischen Vertretung in Deutschland. Wie die „Nordb. Allgemeine Zeitung“ meldet, hat der deutsche Generalkonsul in Moskau den Auftrag erhalten, der russischen Regierung eine Note zu überreichen, in der dagegen Einspruch erhoben wird, daß durch Rundgebungen russischer amtlicher Stellen entgegen den Abmachungen in Artikel 2 des Brest-Litowsker Friedensvertrages eine unzulässige Agitation gegen deutsche Staats-einrichtungen betrieben wird. Sie sieht sich nicht länger in der Lage, sich auf Proteste gegen die Agitation zu beschränken, die nicht nur eine Verletzung der genannten Vertragsbestimmungen, sondern auch einen schweren Verstoß gegen die elementarsten Gesetzmäßigkeiten des Völkerrechts bedeutet. Die Note verweist dann auf die von uns schon gestern geschilderte Tätigkeit des russischen Votschafters in Berlin, Joffe, im Dienste der Umsturzpropaganda, mit deren deutschen Vertretern er intim verkehrt und erklärt, daß Joffe dadurch das Vertrauen der deutschen Regierung mißbraucht und verloren habe. Sodann erhebt die Note Einspruch gegen die Verschleppung in der Verstrafung der Mörder des deutschen Botschafters Grafen Mirbach in Moskau. Die Minister, die sich offen geäußert haben, den Mord beschlossen und vorbereitet zu haben, sind noch heute straflos und sollen nach eingegangenen Nachrichten sogar amnestiert werden.

Zum Schluß verkündet die Note die Abberufung der deutschen Vertretung in Moskau und fordert die Abberufung des Votschafters Joffe. Dieser hat, wie gemeldet, gestern mit dem gesamten Votschaftspersonal Berlin verlassen.

Schließung der Petersburger Telegr.-Agentur in Berlin. Montag nachmittag erschienen Kriminalbeamte und Schulente, die von einem höheren Angestellten der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums geführt wurden, in den Büroräumen der Petersburger Telegr.-Agentur in der Friedrichstraße und beschlagnahmten dort das Altkennmaterial, das sodann versiegelt nach dem Polizeipräsidium gebracht wurden. Die anwesenden 25 Angestellten der Agentur wurden verhaftet und mittels Polizeiwagen ebenfalls nach dem Polizeipräsidium überführt. Die Räume im zweiten und dritten Stockwerk des Hauses, die die Agentur bewohnte, wurden versiegelt.

Verbreitung vergiftender Flugschriften. Außer bolschewistischen Flugschriften sind in der letzten Zeit folgende Druckschriften: „Die Wahrheit“ nebst ihrer Beilage, „Lichnowsky“, „ein zweiter Duesen-Druck“, „Das Glück der Zukunft“, „Ein Friedensbund freier Völker“ und „Beerseldes zweiter Kaiserbrief“ in Deutschland verbreitet worden. Der Druck dieser Schriften scheint im Ausland erfolgt zu sein. Der Zweck dieser Druckschriften ist der, die Stimmung im deutschen Volke systematisch zu zermürben und zu zerschlagen. Die Verbreitung erfolgt in der Weise, daß die Druckschriften wahllos an bekanntere Leute verschickt werden.

Die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn.

Ein Akt italienischer Hinterlist. Aus Wien wird amtlich gemeldet: In Punkt 1 der zwischen dem Armeekommando und der italienischen Heeresleitung abgeschlossenen Waffenstillstandsbedingungen wurde die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu Wasser, zu Lande und in der Luft vorgesehn. Am 3. November um 3 Uhr früh wurde an die Armee der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten gegeben. Acht Stunden später erfuhr das Armeekommando, daß die italienische Heeresleitung nachträglich festgesetzt habe, die Feindseligkeiten erst am 4. November, nach Unterzeichnung, einzustellen. Das Armeekommando legte diese plötzliche Aenderung der bereits unterzeichneten Bedingungen Verwahrung ein, wies auf die technische Unmöglichkeit hin, den an die eigenen Heere bereits erteilten Waffenstillstands-befehl zurückzunehmen und verlangte neuerdings sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Die italienische Heeresleitung zeigte sich aber nicht geneigt, dem durchaus berechtigten Wunsch des Armeekommandos zu willfahren. Die italienischen Truppen nutzten vielmehr die unklare Lage aus, um noch militärische Erfolge zu erringen. So fuhren im engen Ziller-Tal unseren dicht aufgeschlossenen Kolonnen plötzlich italienische Panzerautos mit Maschinengewehren und Geschützen vor, machten schließlich Halt und erklärten die überholten Truppen — mehrere Divisionen — als gefangen. Auf Widerstand waren sie nicht gestoßen, da unsere Leute die Feindseligkeiten bereits eingestellt hatten. Das Armeekommando hat gegen dieses Vorgehen nochmals protestiert und die Freilassung aller auf so gewaltsame Weise gefangen genommenen Leute gefordert. Die Antwort ist noch nicht eingetroffen.

Die Begründung der tschechischen Republik. Die tschecho-slowakischen Verhandlungen in Genf sind beendet. Es wurde beschlossen, eine Republik mit dem Präsidenten Masaryk an der Spitze zu errichten. Kramarsch soll Ministerpräsident werden. Nach Prag soll sofort eine tschechische Nationalversammlung zur Ratifizierung der Genfer Vereinbarungen einberufen werden.

Die niederösterreichische Landesversammlung. Die niederösterreichische Landesversammlung in Wien hat sich konstituiert und übernimmt die Wiener Statthalterei. In Wien herrscht Ruhe. Es wurde ein allgemeines Alkoholverbot erlassen.

Die deutsche Volksabstimmung in Oesterreich. Wie das „Völk.-Blatt“ meldet, hat der Deutsche Nationalrat beschlossen, die Frage der neuen Staatsform Deutsch-Oesterreichs und die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich einer Volksabstimmung zu unterbreiten.

Der Nationalrat Triest unter italienischem Schutz. Die Londoner „Times“ meldet aus Mailand: Triest wurde offiziell als Freistaat unter dem Schutze Italiens erklärt. Die montenegrinische Armee wird aus Brindisi nach Triest abgeführt. Ferner sind in Triest 11000 italienische Truppen gelandet. Auch Feldartillerie wird in Triest ausgeschifft.

Verprengte österreichische Soldaten. Zwischen Mostar (Herzegovina) und Montenegro sind über 100000 österreichisch-ungarische Soldaten verprengt, die auf den Transport in die Heimat warten.

Anerkennung des tschecho-slowakischen Staates durch Deutschland. Das tschecho-slowakische Presse-Büro meldet, daß der deutsche Generalkonsul in Prag dem Präsidium des tschechischen Nationalrats offizielle Mitteilung von der Anerkennung des selbstständigen tschecho-slowakischen Staates durch Deutschland gemacht habe. Die deutsche Regierung lege Wert darauf, daß der Nationalrat so schnell wie möglich einen Gesandten des tschecho-slowakischen Staates nach Berlin entsende.

Unruhen in Ungarn. Der Korrespondent des „Neuen Wiener Tageblattes“ meldet aus Budapest: Während in Budapest höchste Ordnung und Ruhe herrschte, kommen aus der Provinz ernste Nachrichten. In vielen Gemeinden der kleineren Raipathen hat der verheerliche Pöbel die Behörden weggejagt. Überall wird die Proklamation des slowakischen Nationalrats verbreitet. Aus den Gemeinden an der ungarischen

Grenze werden die ungarischen Stuhlrichter und Rotare weggejagt. In Südbungarn ist es zu Unruhen im Bergwert Kischina gekommen.

Befehle von Budapest durch die Entente? Nach Mitteilungen ungarischer militärischer Kreise haben die Ententetruppen bereits die im Waffenstillstandsvertrag festgelegten Demarkationslinien überschritten und suchen durch Schaffung eines Korbons das regelmäßige Juristieren der österreichisch-ungarischen Truppen zu verhindern. Man rechnet damit, daß die Entente auch Budapest und Wien als wichtige Eisenbahnknotenpunkte besetzen werde.

Kaiser Karl in der Schweiz. Der „Zürcher Tagesanzeiger“ erzählt von verschiedenen Seiten aus zuverlässiger Quelle, daß im Auftrage Kaiser Karls in St. Moritz in Engadin für die kaiserliche Familie eine Villa zum kommenden Winteraufenthalt gemietet worden sei.

Sächsischer Landtag.

1. Kammer. Aussprache über das Regierungsprogramm. Die gestrige Sitzung der 1. Kammer galt der Entgegennahme einer Erklärung der Regierung, die, wie am Tage zuvor in der Zweiten Kammer, der Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. Dingeldey abgab. Der Minister beschränkt sich darauf, auf das hinzuweisen, was er in der andern Kammer dargelegt hat, und in großen Zügen die verfassungsrechtlichen Veränderungen der Grundlagen unserer Staatsverfassung darzulegen.

Präsident Graf Bismarck von Göttingen begrüßt die neuen Minister namens des Hauses in der Hoffnung, daß das Ministerium, getragen von dem Vertrauen des Volkes, zum Segen des Vaterlandes wirksam werde und gedenkt mit Worten tiefsten Dankes der verdienstvollen Tätigkeit der ausgeschiedenen Minister.

Die 1. Kammer ist freudig bereit, gemeinsam mit den berufenen neuen Männern für unser Sachsenland zu wirken und zu arbeiten. Dankbar zu begrüßen ist, daß der Vorsitzende des Staatsministeriums die Erklärung abgegeben hat, daß man mehr als bisher in Berlin zu rechter Zeit eingreifen will, daß man schon bei Schaffung der Gesetzesvorlagen mit Energie und der gebotenen Sachlichkeit für unser Sachsenland eintreten wird. Bisher herrschte in dieser Beziehung ein sehr nachteilig empfundener Mangel. Der vom Präsidenten den ausgeschiedenen Ministern gewidmete Dank muß auf die gesamte Beamtenenschaft Sachsens ausgebeugt werden. Es ist sehr erfreulich, daß der Beamtenschaft in Zukunft die Gehaltsbezüge zweifelt werden sollen, die die Gegenwart nötig erscheinen läßt. Sie müssen ein auskömmliches Dasein zugesichert bekommen. Wenn es zur Demobilisierung kommt, dann darf bei der Zubereitung von Mitteln nicht vergessen werden, daß dem kleinen Kaufmann, dem kleinen Handwerker, deren Existenz meist in den ersten Kriegsmontaten in Trümmer ging, ausgiebig und schnell Hilfe zum Wiederaufbau seiner Existenz geleistet wird. Kommt der Friede bald, so muß dafür gesorgt sein, daß die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Beziehungen Sachsens zu den benachbarten Ländern beendet sind. Das gilt besonders bezüglich Böhmens, das die Entente bereits zu organisieren beginnt. Zur Ernährungsfrage übergehend, bemerkt Redner: Ohne die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes ist alle bisher angewendete Mühe umsonst, ohne diese Sicherstellung werden alle Paragraphen der Neuordnung nichts nützen. Das Rückgrat unserer Ernährung bilden die Kartoffeln. Wir in Sachsen sind in weitestem Maße auf die Kartoffelversorgung aus dem Osten des Reiches angewiesen. Hier darf es nur eine Parole geben: Herbeiholen, was herbeigeht werden kann. Bevor der Frost kommt. Die Eisenbahnverwaltung muß zu diesem Zwecke täglich bestehende Kartoffelzüge stellen und das Kriegsministerium muß durch Bereitstellung von Mannschaften und Fahrzeugen alles tun, was nur irgendwie geleistet werden kann. Die Frage der rechtzeitigen Sicherstellung der Saatkartoffeln ist nicht minder wichtig. Für die Demobilisierung kommen kann wie der Blick aus hellerem Himmel, wähen schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen werden. Die Gemeinden müssen rechtzeitig Maßnahmen zur Arbeitslosenfürsorge treffen, Notstands- und Meliorationsarbeiten müssen rechtzeitig in Angriff genommen werden.

Oberbürgermeister Dr. Blüher: Unserem Vaterlande werden schwere Friedensbedingungen nicht erspart bleiben. Die feindlichen Staatsmänner werden aber hoffentlich einsehen, daß man ein Volk von 65 Mill., das vier Jahre lang dem Kriege und der Blockade standgehalten, nicht ungekräftet stehen und daß man ihm seine Entwicklungsmöglichkeiten nicht rauben dürfe. Wäghen uns wenigstens die deutschen Teile Elsaß-Lothringens und unsere Kolonien erhalten bleiben. Die Tschechen sollten in ihren wirtschaftlichen Interessen den Anreiz finden, gute Beziehungen zu uns anzuknüpfen.

Finanzminister Dr. Schöber: Die Regierung wird ihre besten Kräfte einsetzen zur Sicherung unserer Volksernährung. Nach dem ihm heute zugegangenen Meldungen habe sich die Kartoffelanlieferung aus dem Osten nach Sachsen erheblich zum Besseren gewendet.

Oberrichter Dr. M. v. Leipzig: Er und die sächsischen Kollegen zeigens werden sich rüchhaltig auf den Boden des Programms der neuen Regierung stellen.

Das Haus beginnt mit der allgemeinen Vorbereitung über das königliche Dekret, den Entwurf eines Gesetzes über das Dienststrafrecht für Beamte der bürgerlichen Gemeinden und über die Einstellung sächsischer Beamten gegen Kündigung betr.

Minister des Innern Dr. Koch begründet die Vorlage. Das jetzige Dienststrafrecht für Beamte sei nicht mehr zeitgemäß, und die neue Vorlage sei die Erfüllung einer den Ständekammern früher gegebenen Zusage und eines lange gehegten Wunsches der Gemeindebeamten nach Gleichstellung mit den Staatsbeamten.

2. Kammer.

Das Haus beginnt mit der allgemeinen Vorbereitung über das königliche Dekret, den Entwurf eines Gesetzes über das Dienststrafrecht für Beamte der bürgerlichen Gemeinden und über die Einstellung sächsischer Beamten gegen Kündigung betr.

Minister des Innern Dr. Koch begründet die Vorlage. Das jetzige Dienststrafrecht für Beamte sei nicht mehr zeitgemäß, und die neue Vorlage sei die Erfüllung einer den Ständekammern früher gegebenen Zusage und eines lange gehegten Wunsches der Gemeindebeamten nach Gleichstellung mit den Staatsbeamten.

Abg. Dr. Kötz (f. Wpt.) wirft die Frage auf, ob es ein Spiel des Zufalls oder eine erste Äußerung der Regierung sei, daß die erste Vorlage der neuen Regierung ein Strafrecht betreffe. Er verwirft den Entwurf, verlangt die Neugestaltung des Beamtenrechts in dem schon früher geforderten Sinne und fordert von der Regierung Zurückziehung der Vorlage.

Abg. Dr. Schanz (konf.): Seine Freunde stehen der Vorlage freundlich gegenüber. Das neue Gesetz sei nicht ein eigenliches Strafrecht, sondern die Vorlage sei entstanden aus der Gewohnheit, den Beamten einen Schutz gegen ungerechtfertigte Bestrafungen zu gewähren. Redner beantragt Ueberweisung an die Gesetzgebungsdeputation.

Abg. Kleinhepfer (natl.) begrüßt ebenfalls die Vorlage namens seiner Fraktion und schließt sich dem Antrage des Redners an.

Nach Ausführungen des Abg. Casan (Soz.) wird die Vorlage der Gesetzgebungsdeputation überwiesen. Dasselbe geschieht mit dem Entwurfe eines Abänderungsgesetzes zum Organisationsgesetz. Nächste Sitzung Donnerstag.

Die wirtschaftliche Abrüstung.

Die Pläne des Reichswirtschaftsamt. Nachdem durch die politischen Ereignisse der letzten Wochen die Frage der Demobilisation aktuell geworden ist, werden von den zuständigen Stellen die Vorbereitungen hierfür energisch in Angriff genommen. Die von militärischer Seite schon früher aufgestellten Pläne, die auf der Voraussetzung eines glücklichen Friedens aufbauten, kommen im Augenblick nicht mehr in Betracht; das Reichswirtschaftsamt hat vielmehr die Ausarbeitung neuer Pläne übernommen. Seiner der Demobilisationsabteilung ist Unterstaatssekretär Dr. August Müller, der im Einklang mit dem Reichsarbeitsamt die wirtschaftliche Abrüstung durchzuführen wird. Im Reichswirtschaftsamt werden Vertreter der Gewerkschaften zusammen mit der bereits bestehenden Kommission für die Demobilisation, in der auch die Arbeiter vertreten sind, die Grundzüge des neuen Demobilisationsplanes besprechen.

Oberster Grundgedanke der Demobilisation wird nach dem „Bismarck“ sein: Jeder Arbeiter und Beamte soll an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren, den er im August 1914 inne hatte. Diese allgemeine Regel soll auch für die Abrüstung des Heimathesens gelten, von dem mit der Stilllegung von für den Kriegsbedarf arbeitenden Unternehmen sofort einige Hunderttausende arbeitslos werden dürften. Natürlich wird der Staat sich „Büchse an die alten Arbeitstätten“ zur Vermeidung unnötiger Umstellungen nicht schablonenhaft und nicht ohne Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse durchzuführen werden. Ferner: Kein fremder Arbeiter darf einem deutschen Staatsbürger Arbeit und Brot wegnehmen! Den polnischen, belgischen und holländischen Arbeitern soll die Abwanderung leicht gemacht werden. Die Kriegsgefangenen werden aus den Betrieben zurückgezogen. Die Landwirtschaft, deren Vertreter sich ebenso wie die der Industrie mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben, will möglichst alle vom Lande stammenden und mit der Handarbeit vertrauten Arbeiter aufnehmen.

Die Umstellung dürfte dadurch erheblich erschwert werden, daß viele Betriebe stillgelegt worden sind. Für die Ausfüllung dieser Lücke wird durch Arbeitsnachweise, Erwerbslosenunterstützung und Notstandsarbeiten gesorgt werden. Es wird nicht schwer fallen, Gelegenheit für Notstandsarbeiten von bauernmäßig wirtschaftlichen Nutzen zu schaffen. Arbeitslosigkeit ist an sich in Halle und Jülich vorhanden. Ungehobene Reparaturen drängen. Aber es ist sehr fraglich, ob die Instandsetzungsarbeiten bei den jetzigen hohen Preisen werden vergaben werden. So kann, besonders bei dem Rohstoffmangel und der Kohlennot, ein gefährliches Vakuum entstehen, dessen Ausfüllung vornehmste Aufgabe des Reiches ist.

Die Entlassung der Soldaten wird nach der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit der Berufsgruppen erfolgen. Danach wird die namentliche Aufforderung seitens der Unternehmer sehr erleichtert, aber auch gegen Mißbrauch geschützt und die Gefahr der Überproduktion

durch die Gewerkschaften unterworfen werden. Die Entlassung soll möglichst nicht an die Ersatztruppenliste, sondern an die Bezirkskommandos oder direkt an den alten Wohnort erfolgen.

Bei der Demobilisation des Front- und Heimatheeres wird dafür gesorgt werden, daß kein ausyändischer Arbeiter einem deutschen Arbeit und Brot entgeht. Zur Zeit arbeiten in Deutschland etwa 60 000 belgische und holländische Arbeiter. Viel bedeutender ist der Anteil der Polen an der deutschen Wirtschaft. Neben den 800 000 Saisonarbeitern, die zu Kriegsbeginn in Deutschland vorhanden waren und nicht mehr in die Heimat zurückkehrten, wurden 400 000 Arbeiter neu gewonnen. Es handelt sich also um über eine Dreimillion ausländischer Arbeiter, die mit Beginn der Demobilisation deutschen Arbeitskräften Platz machen müssen.

Angedachte deutsche Greuel in Bulgarien. Das System der Notchiffre-Preise ist im allgemeinen so bekannt, als daß es überzähligen Wunsches, wenn jetzt auch allerlei Vorgänge in Bulgarien zu „deutschen Greueln“ gegen den früheren Verbündeten umgeprägt werden, wenn unseren Soldaten Verwundete und dergl. vorgeworfen wird. Demgegenüber sei auf die deutsche Antwort an Wilson verwiesen, in welcher u. a. ausdrücklich Verwahrung gegen den Vorwurf ungeselliger und unmenslicher Handlungen deutscher Soldaten eingelegt wurde. Was für die deutschen Soldaten im Westen gilt, gilt natürlich auch für die im Osten. Der besonders erhabene Vorwurf, deutsche Truppen hätten einen bulgarischen Verwundeten in den Transport aufgeben, die verwundeten bulgarischen Soldaten auf der Straße liegen lassen und deren Plübe eingenommen, hat sich als völlig erlogen herausgestellt.

Die Verpflegung der gefangenen deutschen Offiziere in England ist herabgesetzt worden. Sie erhalten jetzt wöchentlich 14 Unzen Fleisch einschließlich Knochen, wobei die Verarbeitung von Pferdefleisch zulässig ist; ferner 6 Unzen scheinlichen Schinken und 20 Unzen Fisch. Anweisungen darüber hinaus, auch aus eigenen Mitteln, sind nicht gestattet. Die Sendung von Lebensmittel aus Deutschland ist zugelassen, aber die Annahme von Lebensmittelgeschenken aus England verboten.

Ein englischer Friedensangebot 1918. Von „unabhängiger maßgebender Regierung“ erzählt die „Adm. Volkzeitung“: Die Gerüchte von einem englischen Friedensangebot im Jahre 1918, das von Deutschland abgelehnt worden sei, erteile ich ein solches. Wenn ein solches Angebot vorläge, würde ich es sicher, denn bei meinen nahen Beziehungen zum früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hätte ich sicher Kenntnis davon erhalten. Es ist nicht nur kein Friedensangebot, sondern nicht einmal der leiseste Friedensschritt von England erfolgt.

Ein Dillserus aus Baltischen. Dem Oberbefehlshaber der in Russland liegenden 8. Armee ist vom Vereinigten Landesausschuss von Litauen, Lettland und Estland ein Schreiben zugegangen, in welchem unter Hinweis auf die entsetzlichen Greuel der Bolschewisten in dem von den deutschen Truppen entblühten Gebieten um Tausch des Truppenabmarsches gebeten wird. Hunderttausende, so heißt es in dem Schreiben, sind bereits auf der Flucht nach Litauen, weil in all den Nachbargebieten die Bewohner ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Wenn die deutsche Regierung den erbetenen Schutz nicht gewähren könne, so müsse man sich nötigenfalls an andere Mächte um Schutz und Hilfe wenden. Das Schreiben dinstet ferner, mit dem Abmarsch der Truppen zu warten, bis geordnete Verhältnisse geschaffen und Maßnahmen zum Schutz der Bewohner getroffen seien. Das Armeekommando wird gebeten, dieses Gebuch bei der Regierung in Berlin zu beantworten.

Finland und England. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Finnish Sanomat“ erklärte Lord Robert Cecil es sei kein Grund vorhanden, weshalb nicht freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Finnland herbeigeführt werden könnten. England habe nichts dagegen, freundschaftliche Verbindungen unterhalb der höchsten Regierung einzuleiten, sofern diese nicht aus Personen bestünde, die in Verbindung mit Deutschland oder mit dem deutschen Militarismus gestanden haben.

Die englische Expedition gegen die Bolschewisten. Aus London wird gemeldet, daß die englische Regierung nach Öffnung der Donkanäle eine gegen Sibirien gerichtete, von der Rote Armee des Schwarzen Meeres ausgehende Expedition vorbereitet, um den gegenrevolutionären Elementen in Russland in ihrem Kampfe gegen die Bolschewisten zum Siege zu verhelfen.

Die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe in Kue und im Bezirk Schwarzenberg. Wie wir erfahren, sind bei der Reichsbanknebenstelle Kue und deren Zweigstellen auf die 9. Kriegsanleihe 7,319 000 Mark gegen 10 101 000 Mark bei der 8. Kriegsanleihe gezeichnet worden. Die Sammlungen bei der öffentlichen Handelsschule in Kue ergaben den Betrag von 2000 Mark. Diese Zeichnung hat alle bisherigen weit überholt.

Die Zeichnungen bei der Reichsbanknebenstelle in Schwarzenberg ergaben 6,088 600 Mark gegen etwa 8 Millionen bei der 8. Anleihe. Außerdem sind etwa 200 000 Mark zum Umtausch in Schatzanweisungen angemeldet.

Die Ergeb. Bank Schneeberg-Neustädtele gezeichnet für sich und ihre Kundschaft bei der 9. Kriegsanleihe 700 000 Mark. Witzhin beträgt auf sämtliche neun Kriegsanleihen der Zeichnungsbetrag 9,100 000 Mark.

Rechnemittel am Freitag (Suppen, Zwieback und Grieß). Zurückziehung der Jahrgänge 1870 und 1871. Wie mitgeteilt wird, sind Unordnungen getroffen, daß die Jahrgänge 1870 und 1871, soweit sie nicht an Kampfgeschäften beteiligt sind, unverzüglich in die Heimat zurückgezogen werden.

Speiseöl und Margarine. Die „Deutsche War.-Corr.“ berichtet: Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat auf eine Anregung, Speiseöl statt der weniger ausgiebigen Margarine zu verteilen, einen Bescheid erteilt in dem es heißt: „Speiseöl wird in erster Linie zur Margarineherstellung benötigt und steht nur in sehr beschränktem Maße zur Verfügung. Mit Rücksicht auf die immer weiterschreitende Butterknappheit besteht eine dringende Notwendigkeit, der Bevölkerung das Öl in Gestalt von Margarine zuzuführen, da ihr eine größere Verwendungsmöglichkeit zukommt, als die Zuweisung von Speiseöl gemächlesten würde. Es ist zu hoffen, daß die Güte der Margarine besser werden wird, da jetzt vorwiegend die Delfische der neuen Gente verwendet werden.“

Mittheilung, 5. Nov. Das Carl Joseph'sche Ehepaar beging dieser Tage im Kreise seiner Kinder, Enkel und Urenkel das Fest der goldenen Hochzeit. Oberbaurer Schmidt nahm die Einsegnung in der Hauptkirche zu Obzitz vor. Dem Jubelpaar wurden zahlreiche Geschenke erwiesen.

Schwarzenberg, 5. Nov. Am Sonnabend hielt der Bezirkslehrerverein eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Lehrer Rüstler-Grünhain, gedachte zweier verstorbenen Mitglieder und begrüßte dann die politische Neuordnung vom Standpunkt der Lehrerschaft aus. Lehrer Wermann-Johanngeorgenstadt erstattete Bericht über die außerordentliche Vertreterversammlung und die Versammlung der Arbeitsgemeinschaft sächsischer Lehrer und Beamten. Lehrer Baldauf-Grünhain berichtete über die erste Tagung des Landesauschusses für werktätige Jugendbantarbeit in Dresden. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

Johanngeorgenstadt, 4. November. Die das „Nachrichtenblatt“ mittelst, sind seitens leitender Persönlichkeiten Schritte unternommen worden, die Winter-Spielzeit eines Stadttheaters in die Wege zu leiten. Für die Leitung ist der Dresdner Theaterdirektor Camillo Kandolph in Aussicht genommen. Die Eröffnungsvorstellung wird sofort nach Beendigung des Theaterverbotes stattfinden.

Zwickau, 6. Nov. Die Grippeerkrankungen sind in der Stadt Zwickau jetzt soweit im Rückgange, daß der Rat das Theater- und Versammlungsverbot verfuhrsweise vom 5. November ab wieder aufgehoben hat. Jedoch ist den Schülern und Schülerinnen in dieser Woche der Theater- und Kinobesuch noch verboten.

Dresden, 6. Nov. Während die Stimmung bisher in Dresden sehr ruhig war, scheint sich jetzt hier eine gewisse Unruhe bemerkbar zu machen. Gestern nachmittag versammelte sich eine große Menschenmenge auf dem Altmarkt inmitten der Stadt. Eine Anzahl Soldaten wollte dort demonstrieren und zwar wegen der angeblich schlechten Ernährung in den Lazaretten. Zu irgendwelchen Ausschreitungen kam es aber hier nicht. Schließlich fehlte auch der Humor nicht, denn der Zirkus Sartasani nützte die Gelegenheit aus und schickte acht Elefanten über den Altmarkt. Auch gegen neun Uhr abends war eine große Menge von Menschen auf dem Altmarkt versammelt, es kam aber zu keinerlei bemerkenswerten Vorfällen.

Kadebusch, 6. Nov. Am Montag verstarb hier im Alter von 79 Jahren der Bürgermeister und Gemeindevorstand a. D. Rudolf Kollbath. Der Verschiedene beledete in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts das Amt des Bürgermeisters in Grünhain, war dann von 1880 ab Gemeindevorstand in Oßtau und von 1898 bis 1904 Gemeindevorstand in Serbowitz.

Leipzig, 6. Nov. Wie die „Leipz. Ztg.“ erfährt, wird Wirkl. Geh. Rat Kreishauptmann v. Burgsdorf mit Ende dieses Jahres in den Ruhestand treten.

Vermischtes.

Unmensliche Behandlung deutscher Gefangener in Frankreich. Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten gegenüber neu gemachten Kriegsgefangenen immer barsartiger und grausamer, obwohl Frankreich sich in den Berner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet hat. Noch immer werden die Deutschen bei der Gefangennahme beräubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Stappengebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. Abgerissen, verhungert und krank treffen sie in den dauernd überfüllten Sichtungslagern Rouen-Orbisse, Orleans und Fort d'Anvers ein. Hier kommt auf drei Mann ein Strohsack. Trotzdem liegen noch viele Deutsche seit August ohne Decken im Freien. Die Nahrung ist so ungenügend, daß die Kriegsgefangenen sich auf Speisereste, Rübenschnitten und rohe Feldfrüchte stützen. Bekleidung wird ihnen nicht geliefert. Das französische Personal schlägt und beschimpft sie. Nur die schon in den Lagern anwesenden Kameraden helfen ihnen nach ihren schwachen Kräften. Gegen diese nichtwürdigen Verletzungen des Völkerrechts ist sofort energischer Protest eingelegt worden. Ferner ist die Schweizerische Gesandtschaft in Paris ersucht worden, die Verhältnisse in den Sichtungslagern sofort durch Delegierte prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu dringen.

Tragisches Ende eines deutschen Generals. Das tragische Ende eines hohen Offiziers als Folge des unglücklichen Weltkrieges veranschaulicht eine in den Braunschweiger „N. N.“ von der hinterbliebenen Witwe veröffentlichte Todesanzeige. Danach ist „in tiefster Trauer und Verzweiflung über die seinem deutschen Vaterlande angetane Schmach der königl. Generalleutnant z. D. Gustav Hühorn in Goslar am 5. Nov. in seiner Wohnung am Fuße des Blomard-Standbildes im 82. Lebensjahre in den Tod gegangen.“

Schweres Eisenbahnunglück in Ungarn. Ein vollständig überfüllter Personenzug mit Soldaten, die in die Heimat führen, erlitt in der Nähe von Rakos in Ungarn einen Achsenbruch, durch den der Zug in der Mitte entzweierte wurde. Drei Wagen entgleiteten und gingen in Flammen. Die nachfolgenden Wagen stürzten übereinander. Bisher wurden sechzig Tote und 180 Schwerverletzte geborgen.

Die Grippe in China. Aus Shanghai wird gemeldet: Die in China herrschende Grippe richtet namentlich im Jangtsetale große Verheerungen an. Ganze Familien sind ausgestorben, besonders in den Provinzen Sipe, Anhai und Schensi verläuft die Krankheit tödlich.

Was alles gestohlen wird. Vom Hofe des Postamts 17 in Berlin wurde ein großer Planwagen mit der gesamten Paketladung geraubt. Der Wagen stand vor dem Postamt, und der Kutscher hatte für einen Augenblick den Hof betreten, als sich ein Dieb auf den Schwanz und unangefochten davonfuhr. Das leere Gejpann wurde wiedergefunden, während die Ladung, insgesamt 87 Post- und Wertpapiere, spurlos verschwunden ist.

Ein U... Durc... Ein... Mus... Steit... Beste... berwe... sich ein... komman... wege... dies u... gen be... Trupp... schriftl... Trupper... in der... (Schwar... über... Die... woch so... Das... dem Pr... 5. Robe... mittel... Desterre... rung i... Nordt... Trupper... Österreich... Band... Vorhute... und sta... als Fre... wegung... feldsch... manbog... das tro... angewie... zu bahn... von D... Das... mit der... reichlich... Kenntnis... Durchfü... gehande... bereits... blefen K... mannsch... ftrömen... tion se... leben... Der b... Aus... meldet... ses ab... Bild un... entnehm... reichl... Ost... un... worden... der Z... lang... kraft i... den B... ebenfall... Einbr... als un... kann n...